

Unternehmens- insolvenzen in Europa

■ Jahr 2012/13

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2012 – Zahlen und Entwicklungen	1
1.1	Einleitung – Was will diese Studie?	1
1.2	Die Entwicklung 2011/12 in den Ländern	2
1.3	Relative Insolvenz betroffenheit	6
1.4	Insolvenzen in den Branchen	7
2	Finanzierungs- und Liquiditätssituation europäischer Unternehmen	10
2.1	EBIT-Marge – Umsätze und Erträge in Westeuropa	10
2.2	Eigenkapitalquoten	12
2.3	Exkurs: Kreditfinanzierung ausreichend?	13
2.4	Forderungslaufzeiten	14
3	Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa	15
4	USA	17
5	Zusammenfassung	18

Verzeichnis der Informationsquellen

■ 1 Insolvenzen in Westeuropa im Jahr 2012 – Zahlen und Entwicklungen

1.1 Einleitung – Was will diese Studie?

Die wirtschaftliche Situation in Westeuropa, sei es in der Eurozone oder im weiteren Raum der Europäischen Union bleibt prekär. Ohne Frage ist die mittlerweile seit fünf Jahren anhaltende Staats-, Schulden- und Bankenkrise nicht gelöst. Im Gegenteil: Die Langsamkeit und auch Halbherzigkeit, mit der man in der Union und im Währungsraum zusammenfindet und Maßnahmen auf den Weg bringt, führt mehr und mehr dazu, dass die Krise der Haushalte, der Banken und der Währung in der realen Wirtschaft, in der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen und der Versorgung der Bürger bemerkbar wird. Unübersehbar zeigt sich dies in der rasant steigenden (Jugend-) Arbeitslosigkeit.

Die Creditreform Wirtschaftsforschung hat an dieser Stelle weder den Raum noch die Kompetenz, die vielfältigen Verflechtungen des Problemkonglomerats der europäischen Krise transparent zu machen, zu bewerten und Lösungswege aufzuzeigen. Die vorliegende Darstellung zeigt, wie es um die Stabilität der Unternehmen im Hinblick auf die Insolvenzen und die Insolvenzgefährdung aussieht. Gerade für mittelständische Exportunternehmen, die nicht mit eigenen Produktions- oder Vertriebsstützpunkten im europäischen Ausland vertreten sind, ist es entscheidend zu wissen, wie sich die Risikosituation in der Zusammenarbeit mit Unternehmen in den Ländern jenseits der Grenze darstellt.

Die 27 Mitgliedsstaaten des europäischen Wirtschaftsraums bilden den größten gemeinsamen Markt der Welt. Zwei Drittel des gesamten EU-Handels entfallen auf den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten. Gerade für deutsche Unternehmen ist die Entwicklung der Insolvenzsituation in den Nachbarländern von großer Bedeutung, wur-

*Insolvenzzahlen für
die Praxis*

den doch 2012 Waren im Wert von mehr als 600 Mrd. Euro in die Mitgliedsstaaten exportiert.

Die vorliegenden Insolvenzzahlen für Europa sind einerseits Indikator für die wirtschaftliche Situation des jeweiligen Landes, andererseits sind sie aber auch zu lesen als Spiegel des Risikos für Exporte in das Nachbarland.

Waren exportieren – Schäden importieren?

1.2 Die Entwicklung 2011/12 in den Ländern

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in Westeuropa im Jahr 2012 gegenüber 2011 um 2,6 Prozent gestiegen. Waren es 2011 rund 173.000 Insolvenzanträge, die von den örtlichen Gerichten in den Ländern angenommen worden waren, sind 2012 rund 178.000 Insolvenzen zu zählen. In diese Rechnung wurden auch die Nicht-Mitgliedsländer Norwegen und die Schweiz aufgenommen. Die folgende Tabelle deckt also den gesamten geografischen Raum Westeuropas ab.

Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa

■	2012	2011	2010	2009	2008	Veränderung 2011/12 in Prozent
Belgien	10.587	10.224	9.570	9.382	8.476	+ 3,6
Dänemark	5.456	5.468	6.461	5.710	3.709	- 0,2
Deutschland	28.720	30.120	32.060	32.930	29.580	- 4,6
Finnland	2.956	2.944	2.864	3.275	2.612	+ 0,4
Frankreich	48.340	49.506	51.060	53.547	49.723	- 2,4
Griechenland	415	445	355	355	359	- 6,7
Großbritannien	17.748	18.467	17.468	19.908	16.268	- 3,9
Irland	1.684	1.638	1.525	1.406	773	+ 2,8
Italien	12.311	10.844	10.089	8.354	6.498	+ 13,5
Luxemburg	1.033	961	918	698	590	+ 7,5
Niederlande	7.373	6.176	7.211	8.040	4.635	+ 19,4
Norwegen	3.814	4.355	4.435	5.013	3.637	- 12,4
Österreich	6.266	6.194	6.657	7.076	6.500	+ 1,2
Portugal	8.605	6.077	5.144	4.450	3.267	+ 41,6
Schweden	7.737	7.229	7.546	7.892	6.298	+ 7,0
Schweiz	6.841	6.661	6.255	5.215	4.222	+ 2,7
Spanien	7.799	5.910	4.845	4.984	2.528	+ 32,0
Gesamt	177.685	173.219	174.463	178.235	149.675	+ 2,6

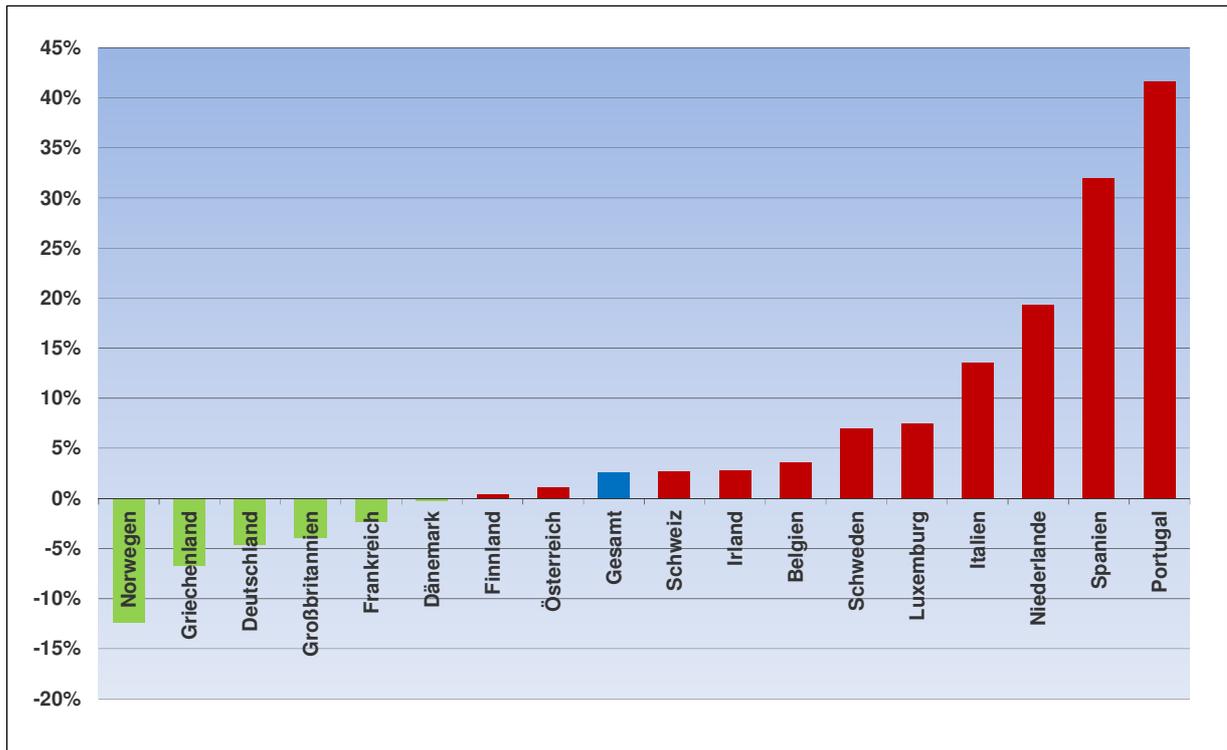
Tatsächlich zeigen die europäischen Staaten, die im Hinblick auf Staatsverschuldung und Wirtschaftsentwicklung am stärksten krisenbetroffen sind, auch die massivsten Zugänge bei der Zahl der Insolvenzen binnen Jahresfrist. Portugal, Spanien und Italien gehören zu den GIIPS-Staaten und weisen hohe Staatsschulden (in Prozent des Bruttoinlandsproduktes), negative Budget-Salden und ein Minus beim Leistungsbilanzsaldo auf. Während die Zugänge bei den Insolvenzzahlen in den Krisenstaaten von 13,5 Prozent in Italien über 32,0 Prozent in Spanien bis zu 41,6 Prozent in Portugal reichen, steht auf der anderen Seite Irland mit nur einem moderaten Zuwachs von 2,8 Prozent bei den Insolvenzzahlen 2012 gegenüber 2011. Eine Überraschung im Hinblick auf das Unternehmensinsolvenzgeschehen zeigt Griechenland: Hier ist die Zahl der insolventen Betriebe von 445 (2011) auf 415 (2012) sogar um 6,7 Prozent rückläufig. Bei der vergleichsweise geringen Zahl von insolventen griechischen Unternehmen ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um registrierte insolvente Unternehmen handelt. Daneben stehen noch 721 beantragte Insolvenzen in Griechenland (Vorjahr: 882 Unternehmen). Hier gilt – wie für Spanien –, dass das Insolvenzgeschehen nur einen Bruchteil der Liquidationen wiedergibt. So wurden nach Angaben der Deutschen Außenhandelskammer in Athen 2012 insgesamt 69.000 Handelsunternehmen geschlossen.

Liquidation statt Insolvenz

Auch in Spanien, wo sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen innerhalb der letzten sechs Jahre immerhin verneunfachte, bestimmen neben den amtlichen Insolvenzen (7.799 in 2012) Liquidationen das Geschehen in der Ausdünnung der Unternehmenslandschaft. Im Zeitraum seit 2007 wurden rund 210.000 Unternehmen geschlossen. Von 1,4 Millionen vor allem mittelständischen Unternehmen (97 Prozent) ist man auf der iberischen Halbinsel nunmehr bei einem Bestand von 1,2 Millionen registrierter Unternehmen angekommen.

In Irland dagegen mag die moderate Entwicklung (plus 2,8 Prozent bei den Unternehmensinsolvenzen) tatsächlich den erreichten Verbesserungen, etwa bei den Lohnstückkosten und auch bei den Staatsschulden, geschuldet sein.

Abb. 1: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa 2012



Auffällig unter den Ländern, die binnen Jahresfrist einen zweistelligen Zuwachs der Unternehmensinsolvenzen zu registrieren hatten, ist die Entwicklung in den Niederlanden. Um 19,4 Prozent haben die Insolvenzen von 6.176 in 2011 auf 7.373 in 2012 zugelegt. Nach dem Sprung, den die Niederlande mit der Krise 2007/08 im Jahre 2009 auf 8.040 Insolvenzen getan hatte – womit es fast zu einer Verdopplung gegenüber 2008 gekommen war –, war 2010 (7.211) und 2011 (6.176) eine Beruhigung des Geschehens zu erkennen. Dennoch stellt die niederländische Insolvenzzahl ein Menetekel dar. Sie stützt die Ansicht, dass die Infektion sich nicht auf die südeuropäischen Randstaaten beschränkt, sondern auch auf die gesunden Kernländer übergeht. Auch in Holland ist es nach bekanntem Muster der Immobili-

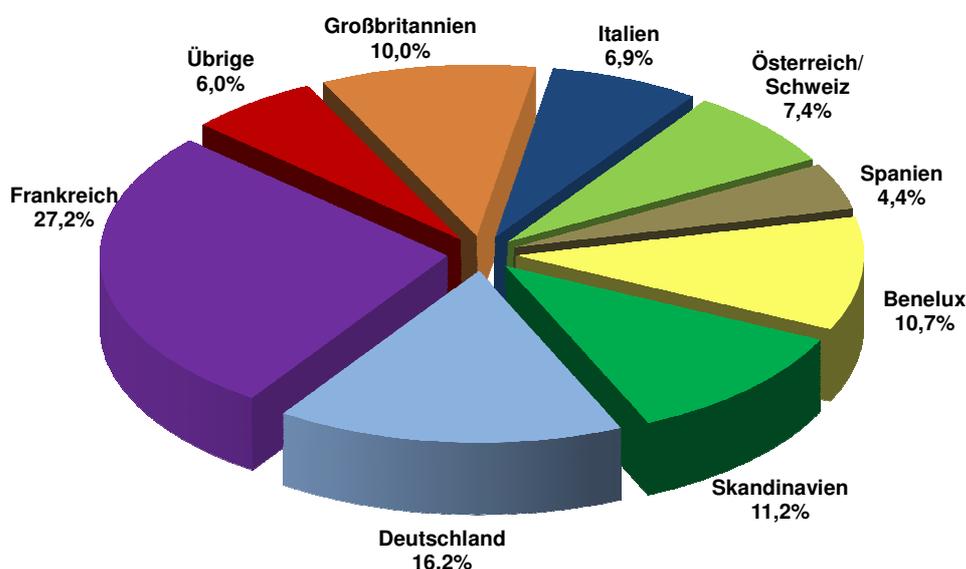
Niederlande infiziert?

enmarkt, der mit sinkenden Preisen das Schwächeln der Wirtschaft und die Zahl der Pleiten bestimmt. Häuserpreise (und Lohnstückkosten) hatten die Konjunktur in den Niederlanden getrieben. Jetzt kommt es zu einer Korrektur, die sich noch Jahre hinziehen kann und dafür sorgen wird, dass die Zahl der Insolvenzen demnächst wohl nicht zurückgehen wird. Einen deutlichen Zugang bei den Insolvenzen weist – anders als seine skandinavischen Nachbarländer – Schweden mit einem Plus von 7,0 Prozent auf 7.737 Pleiten aus.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen: Nicht nur Deutschland mit rund fünf Prozent weniger Insolvenzen 2012 (2012: 28.720; 2011: 30.120), auch Frankreich (minus 2,4 Prozent) und Großbritannien (minus 3,9 Prozent) zeigen eine positive Entwicklung bei der Stabilität der Unternehmen. Als Primus erweist sich das Nicht-EU-Land Norwegen mit minus 12,4 Prozent bei 3.814 Unternehmenszusammenbrüchen. Seit dem Höchststand der jüngsten Vergangenheit in 2009 mit 5.013 Insolvenzen aus der allgemeinen Schuldenkrise heraus, hat das Land einen kontinuierlichen Verbesserungskurs bei der Zahl der Unternehmensinsolvenzen einschlagen können.

Die „Großen Drei“ stabiler

Abb. 2: Verteilung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa 2012



Die Unternehmensinsolvenzen in Europa werden dominiert von den Zahlen aus Frankreich (mehr als 48.000 Insolvenzen), aus Deutschland (rund 29.000), aus Großbritannien (17.750) und Italien (12.300).

1.3 Relative Insolvenzbetroffenheit

Die Darstellung der Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern zeigt, wie stumpf das Schwert des Insolvenzrechts gerade in den Ländern der Krise ist. Pro 10.000 existierender Unternehmen kommt es in Griechenland nur zu fünf Insolvenzen, in Spanien zu 24 Insolvenzanträgen und in Italien zu 27. Portugal (81 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) und Irland (85 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) finden sich eher im Mittelfeld der Unternehmenslandschaft. Die höchste Insolvenzbetroffenheit weisen stabile Länder der Europäischen Union von der Schweiz (121 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) bis Luxemburg (339 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) auf. Im europäischen Durchschnitt sind 70 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen zu zählen. Die Kennziffer zur Insolvenzbetroffenheit zeigt aber nicht nur, dass die Länder, deren Unternehmen eine schwache Finanzierung zeigen – darauf wird später noch eingegangen –, relativ wenig Insolvenzen verzeichnen, sondern auch, dass diese Länder einen wesentlich höheren Bestand an Unternehmen zählen. Dabei spielen Strukturen des Unternehmensbestands im Hinblick auf Branchen – etwa Kleingewerbetreibende im konsumnahen Dienstleistungs- und Handelssektor – und registerliche Vorschriften gleichermaßen eine Rolle. So weisen Deutschland (rund 3,2 Millionen Unternehmen) und Spanien die gleiche Zahl von Unternehmen auf. Italien zählt rund 4,5 Millionen Betriebe, Luxemburg nur gut 30.000.

*Viele Unternehmen –
wenige Verfahren*

Tab. 2: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern im Jahr 2012

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Griechenland	5
Spanien	24
Italien	27
Schweden	73
Großbritannien	77
Norwegen	78
Portugal	81
Irland	85
Niederlande	85
Deutschland	89
Frankreich	92
Finnland	93
Schweiz	121
Belgien	138
Österreich	154
Dänemark	182
Luxemburg	339
Durchschnitt	70

Quelle: nationale Statistikämter

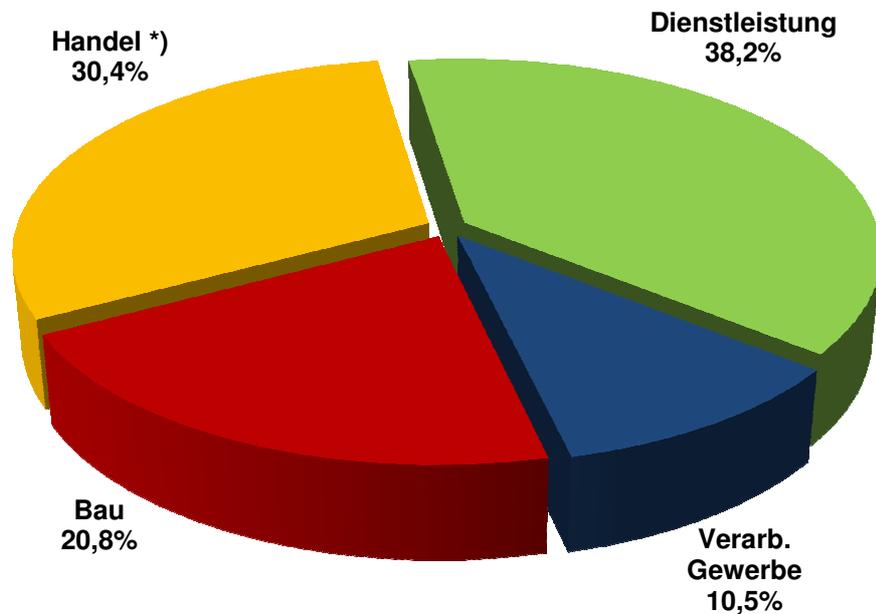
1.4 Insolvenzen in den Branchen

Weiteren Aufschluss über die europäischen Insolvenzstrukturen geben die Anteile der Branchen am gesamten Insolvenzaufkommen. Mehr als zwei Drittel der westeuropäischen Unternehmensinsolvenzen gehören zum Handel und zum Dienstleistungsbereich. Während der Handel (inkl. Hotel- und Gaststättensektor) einen Anteil von 30,4 Prozent hält, sind es im Dienstleistungsbe- reich sogar 38,2 Prozent. Ein weiteres Fünftel des Insolvenzgeschehens wird vom Bau (20,8 Pro- zent), ein Zehntel (10,5 Prozent) vom Verarbei- tenden Gewerbe getragen. Während der Anteil des Baugewerbes von 21,4 auf 20,8 Prozent bin- nen Jahresfrist leicht abnahm und sich auch der Handel von 31,2 auf 30,4 Prozent ein wenig stabi- lisierte, zeigt der Dienstleistungssektor einen Zu-

Tertiärsektor mit Löwenanteil

gang gegenüber dem Vorjahr von 36,9 auf 38,2 Prozent.

Abb. 3: Anteil der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Westeuropa 2012



*) inklusive Horeca

Dabei sind die Anteile der Hauptwirtschaftsbereiche in den einzelnen Ländern stark unterschiedlich. So verzeichnet das insgesamt stabile Verarbeitende Gewerbe in den Ländern Portugal (23,5 Prozent), Italien (22,7 Prozent) und schließlich in Spanien (19,4 Prozent) eine besonders hohe Zahl. Auch hier ist erläuternd hinzuzufügen, dass es sich weniger um Industriebetriebe handelt, als um kleine, handwerklich ausgerichtete Gewerbetreibende. Dass der Bausektor in Spanien mit 31,5 Prozent am deutlichsten über dem Durchschnitt Europas liegt, ist angesichts der Überkapazitäten im Zeichen der Immobilienkrise wenig verwunderlich. Eine Vielzahl von Bauunternehmen weisen auch Frankreich (26,4 Prozent), Finnland (25,7 Prozent) und Irland (24,6 Prozent) auf. Der Handel, mit 30 Prozent einer der Hauptvertreter der Insolvenzen, ist besonders in Belgien (45,6 Prozent), in Frankreich (39,2 Prozent), in Portugal

Spaniens Immobilienkrise setzt sich fort

(38,4 Prozent) und schließlich in Norwegen (38,3 Prozent) gefährdet.

Einen hohen Anteil von Dienstleistungsunternehmen tragen vor allem Luxemburg (62,4 Prozent), Deutschland (57,0 Prozent) und Dänemark (56,5 Prozent). Mit den folgenden Ländern Schweden (54,0 Prozent) und Österreich (48,7 Prozent) zeigt sich, wie auch bei der Schweiz (48,3 Prozent), dass ein großer Teil von Insolvenzen im Dienstleistungssektor mit einer hochentwickelten und vielfach auch stabilen Volkswirtschaft einhergeht.

Tab. 3: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2012

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *)	Dienstleistung
Belgien	6,8	17,9	45,6	29,7
Dänemark	8,6	13,8	21,1	56,5
Deutschland	8,2	14,4	20,4	57,0
Finnland	13,2	25,7	24,3	36,8
Frankreich	7,4	26,4	39,2	27,1
Großbritannien	10,6	21,6	23,8	44,0
Irland	9,5	24,6	26,3	39,6
Italien	22,7	21,2	33,0	23,1
Luxemburg	1,4	6,7	29,5	62,4
Niederlande	12,8	15,3	28,9	42,9
Norwegen	6,8	20,9	38,3	34,0
Österreich	5,6	14,8	30,9	48,7
Portugal	23,5	18,7	38,4	19,4
Schweden	8,0	16,0	22,0	54,0
Schweiz	8,1	22,4	21,2	48,3
Spanien	19,4	31,5	18,6	30,5

*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent

*Dienstleister prägen
entwickelte
Volkswirtschaften*

Insgesamt ist der Dienstleistungssektor, alleine schon aufgrund der hohen Zahl bestehender Unternehmen, relativ gesehen am wenigsten insolvenzanfällig. Pro 10.000 Unternehmen beträgt die Insolvenzquote 52 Betriebe. Es folgen das Verarbeitende Gewerbe (63 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) und schließlich der Handel (90 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen). Am stärksten betroffen ist das Baugewerbe mit 107 Pleiten

je 10.000 Baubetriebe. Für Griechenland sind leider keine Insolvenzzahlen nach Wirtschaftsbereichen verfügbar. Auszugehen ist aber davon, dass auch hier das Verarbeitende Gewerbe überdurchschnittlich an den Insolvenzen beteiligt sein wird.

■ 2 **Finanzierungs- und Liquiditätssituation europäischer Unternehmen**

Schulden sind das entscheidende Thema der Finanzkrise. Ob es sich um die Schulden der staatlichen Haushalte, der Banken und Finanzinstitute oder der Unternehmen und Verbraucher handelt – die (Über)Schuldung bestimmt die wirtschaftliche Situation. Für alle Institutionen, für die Unternehmen und Privatpersonen stellt sich die Frage nach einem Insolvenzverfahren, mit dem eine Liquidation oder eine Sanierung erfolgen kann. Von einem Insolvenzrecht für Staaten und für Banken, das eine Abwicklung oder Sanierung erlaubt, ist in der Diskussion nach Lösungswegen aus der Krise vielfach die Rede. Hilfreich wäre aber schon, wenn es in Europa ein einheitliches Insolvenzrecht für Unternehmen und Privatpersonen gäbe. Dieses Defizit ist in der vorliegenden Analyse bereits im Zusammenhang mit der Erhebung der Insolvenzzahlen genannt worden. Mit einer Analyse zur Finanzierungssituation der Unternehmen in Europa, mit Zahlen zur Ertragssituation, zum Eigenkapital, zur Fremdfinanzierung und schließlich zum Zahlungsverhalten als wichtigstem Teil des Working-Capital-Managements gilt es, sich den Gründen für die Insolvenzzahlen in den europäischen Ländern zu nähern.

Schulden und keine Regeln

2.1 EBIT-Marge – Umsätze und Erträge in Westeuropa

Einen ersten Hinweis gibt die EBIT-Marge. Mit dieser Zahl wird gemessen, in welchem Verhältnis die Vorsteuererträge zum Umsatz stehen. Ausgewertet wurden Bilanzen westeuropäischer Unter-

nehmen. Knapp drei Millionen Betriebe wurden analysiert.

Tab. 4: EBIT-Marge (in %) im Jahr 2011 für westeuropäische Unternehmen *)

■	negativ	28,0 (27,4)
	bis 5 %	24,3 (24,7)
	bis 10 %	15,9 (16,2)
	bis 25 %	16,8 (16,9)
	mehr als 25 %	15,0 (14,8)

*) Angaben in Prozent, () = 2010; Quelle: Creditreform Datenbank, eigene Berechnungen

Da in vielen europäischen Ländern – wie auch in Deutschland – die Bilanz oft erst am Ende des Geschäftsjahres veröffentlicht wird, lagen noch zu wenige Dokumente aus der externen Rechnungslegung vor, um für das Insolvenzjahr 2012 die entsprechenden Zahlen zu liefern. Immerhin weisen die Kennziffern für das Jahr 2011 den Weg für die Entwicklung in die Krise, die sich 2012 dann bemerkbar macht.

Ein Viertel der Betriebe ohne Erträge

Um 0,6 Prozentpunkte, von 27,4 auf 28,0 Prozent, hat die Zahl der Unternehmen insgesamt leicht zugenommen, die ein negatives EBIT, also keinerlei Erträge bezogen auf den Umsatz, vorzuweisen haben. Dürftige Ertragslagen registrieren auch die Klassen bis fünf Prozent (2011: 24,3 Prozent; 2010: 24,7 Prozent) und bis zehn Prozent (2011: 15,9 Prozent; 2010: 16,2 Prozent) auf. Einen geringfügigen Zuwachs gibt es auch bei der EBIT-Marge von mehr als 25 Prozent. 15,0 Prozent der europäischen Unternehmen erfreuen sich einer so kraftvollen Ertragssituation – im Vorjahr waren es 14,8 Prozent.

Insgesamt zeigen die Zahlen zur EBIT-Marge nur eine geringe Veränderung. Allerdings wurden die Bilanzen von nur rund zehn Prozent der Betriebe erfasst. Hinzu kommt, dass nur größere Unternehmen im Regelfall nach den Vorschriften ihres Landes publikationspflichtig sind. Dennoch bleibt festzuhalten, dass rund ein Viertel der Unterneh-

men keine Gewinne macht und damit massiv insolvenzgefährdet ist.

2.2 Eigenkapitalquoten

Wer sich nicht aus Umsatz und Gewinn finanzieren kann, der braucht zumindest eine gute Eigenkapitalquote, um sich – zumindest eine Zeit noch – am Markt zu halten. Bei den Bilanzanalysen wurde hier im Hinblick auf die Krisenanfälligkeit der Unternehmen festgelegt, dass eine Eigenkapitalquote von unter zehn Prozent – und damit eine erforderlich Fremdfinanzierung von mindestens 90 Prozent – als Schwellenwert dient.

Im Durchschnitt aller ausgewerteten westeuropäischen Länder beträgt der Anteil unterkapitalisierter Unternehmen mit einer EK-Quote von unter zehn Prozent 24,7 Prozent. Dieser Anteil ist gegenüber 2010 gesunken; damals betrug er noch 25,9 Prozent. Deutlich wird, dass die Staaten, die einen geringeren Anteil an Unternehmen mit dürftiger Eigenkapitalversorgung verzeichnen, zum großen Teil auch diejenigen sind, die eine positive Insolvenzentwicklung zeigen. Nur Finnland (20,1 Prozent mit einer EK-Quote von unter zehn Prozent), Belgien (22,5 Prozent) und die Niederlande (24,2 Prozent) weisen eine – allerdings nur geringe – Steigerung bei den Insolvenzzahlen auf (Ausnahme ist die Niederlande mit einer Steigerung von 19,4 Prozent bei den Unternehmensinsolvenzen).

Dagegen sind die sieben westeuropäischen Länder, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Betrieben mit dürftigem Eigenkapital haben, bis auf eine Ausnahme unter den Ländern mit zum Teil massiven Insolvenzsteigerungen zu finden. Nur Großbritannien (27,9 Prozent mit einer EK-Quote von unter zehn Prozent) hat einen leichten Rückgang der Insolvenzen von minus 3,9 Prozent. Die gefährdeten Peripherie-Länder von Portugal über Spanien, bis zu Irland und Italien

Eigenkapital im Fokus

bilanzieren auch eine entsprechend schwache Eigenkapitalversorgung.

Wer sich nicht aus dem Gewinn oder dem Eigenkapital finanzieren kann, ist auf Bankkredite angewiesen. Dabei ist die Eigenkapitalquote eine entscheidende Größe, wenn es um die Finanzierung durch einen Bankkredit geht, denn sie bestimmt die Höhe des Kredits, die Konditionen und Sicherheiten.

2.3 Exkurs: Kreditfinanzierung ausreichend?

Klar ist: Die Finanzierung des Mittelstandes ist auf der Basis einer schwachen Eigenkapitalausstattung vor allem in den Krisenländern ein Problem. Nach einer Umfrage der EZB geben mehr als 35 Prozent der griechischen KMU, rund ein Viertel der spanischen und irischen, gut 20 Prozent der portugiesischen sowie 17 Prozent der italienischen Mittelständler an, die Finanzierung als drängendstes Problem zu empfinden (Deutschland: deutlich weniger als zehn Prozent). Im Jahr 2012 begannen die Banken in der EU das Volumen ihrer Kredite zu verringern. Dieser Prozess hält an – im Frühjahr dieses Jahres ist das Kreditvolumen noch einmal um rund 30 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr gesunken. Auch hier gilt, dass diese Entwicklung weniger die nordeuropäischen Länder wie Deutschland, die Niederlande oder Österreich trifft, als die GIIPS-Staaten der südlichen Peripherie. Während im Norden das Volumen leicht zulegen (plus 1,1 Prozent), nimmt es im Süden um 7,6 Prozent ab.

Keine Liquiditätsschwemme beim Mittelstand

Vielfach wird betont, dass der schrumpfende Umfang der Bankkredite durch eine zurückhaltende Nachfrage bestimmt sei. Natürlich ist die schwache Konjunktur, der Mangel an Nachfrage und Investitionen mitverantwortlich dafür, dass Kredite an den Mittelstand in Spanien oder Griechenland Mangelware werden. Allerdings bleibt auch festzuhalten, dass südeuropäische Banken seit Mitte

des Jahres 2012 ihre Standards deutlich angezogen haben, das Angebot also zurückzuführen. Insgesamt nehmen die Kredite aber schon seit dem Ausbruch der Krise 2007/08 ab: Wurden 2008 noch 5,9 Billionen Euro an die Unternehmen ausgegeben, so sind es 2012 nur noch 5,6 Billionen Euro. Die Finanzierung über die Ausgabe von Anleihen ist für die meisten Mittelständler keine Option, auch wenn tatsächlich das Volumen der limitierten Anleihen von 2,2 Billionen Euro in 2008 auf 3,4 Billionen 2012 anstieg.

Kredite an den Mittelstand können nur die Banken geben – mit einer Versorgung der Finanzinstitute mit Mitteln fast zum Nulltarif hat die EZB das ihre getan. Wenn aber die Unternehmen in Südeuropa nach Aussage der EZB fast fünf Prozent zahlen müssen, während sie in den stabilen Staaten des Nordens nur zwei Prozent entrichten, dann zeigt sich einmal mehr die gesamte Problematik einer zentralen, die europäischen Länder übergreifenden Geldpolitik. Obwohl die EZB die Liquidität fast zum Nulltarif zur Verfügung stellt, kommt das „billige Geld“ bei den Mittelständlern in den Krisenregionen nicht an. Jetzt wird überlegt, ob man Mittelstandskredite verbrieft und sie entweder auf den Markt gibt oder sogar von der EZB aufkauft. Damit würde die Europäische Zentralbank nicht nur zum „Lender of the last resort“ für die Finanzierung der Krisenstaaten, sondern auch zum Gläubiger mittelständischer Finanzierung.

EZB kauft Unternehmensanleihen?

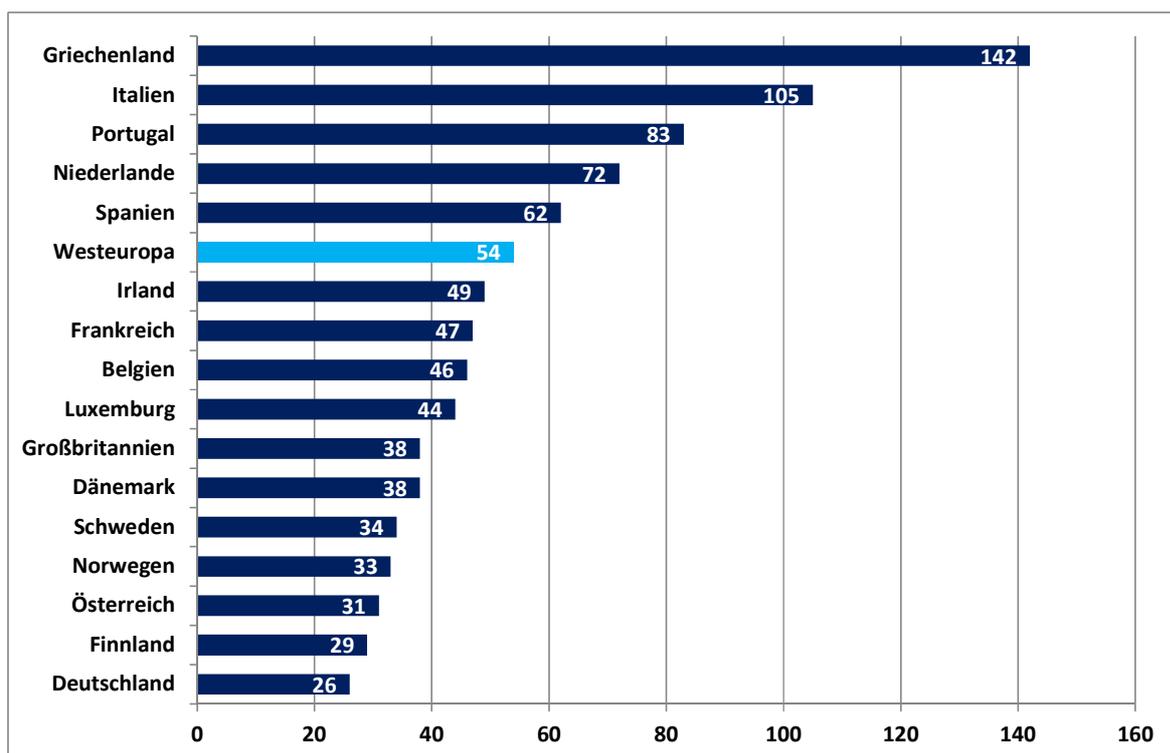
2.4 Forderungslaufzeiten

Aber nicht nur Finanzinstitute fürchten um die Realisierung ihrer Forderungen – auch Exporteure drängen auf die Bezahlung ihrer Lieferungen und Dienstleistungen. Die folgende Tabelle gibt die Gesamtforderungslaufzeit – also sowohl die des vereinbarten Zahlungsziels, als auch die des darüber hinausgehenden Verzugs – in Tagen an. Dabei handelt es sich um den Median, nicht um die durchschnittliche Laufzeit in Tagen. Auch die-

se Zahlen beruhen auf Bilanzauswertungen, nicht auf Befragungen.

Deutschland schneidet mit einem mittleren Wert von 26 Tagen am besten ab. Auf den nächsten sieben Plätzen mit Laufzeiten von bis zu 38 Tagen folgen nordeuropäische Länder, die mit Ausnahme von Finnland und Österreich nicht zur Euro-Währungsunion gehören. Während Irland mit 49 Tagen immer noch besser abschneidet als der mittlere Wert für Europa (54 Tage), finden sich niederländische Unternehmen mit 72 Tagen eingereiht unter die Krisenländer. Mit fast fünf Monaten (142 Tage) tragen griechische Unternehmen die rote Laterne, wenn es um lange Forderungslaufzeiten geht.

Abb. 4: Forderungslaufzeiten in Europa (Angaben in Tagen)



■ 3 Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa

Für die mittel- und osteuropäische Insolvenzlandschaft gilt das für die Beschreibung der Situation in Westeuropa angeführte im besonderen Maße.

Insolvenzverfahren werden nicht oder nur ausnahmsweise für die Liquidation von Unternehmen benutzt. Der Begriff der Insolvenz wird in den einzelnen Ländern unterschiedlich verstanden und schließlich ist die statistische Erfassung nicht immer lückenlos und vergleichbar.

Tab. 5: Unternehmensinsolvenzen in Mittel- und Osteuropa

■	2012	2011	2010	Veränderung 2011/12 in %
Bulgarien	1.285	685	700	+ 87,6
Estland	588	623	504	- 5,6
Kroatien	7.000	4.878	1.501	+ 43,5
Lettland	867	813	2.407	+ 6,6
Litauen	1.354	1.302	1.496	+ 4,0
Polen	881	762	665	+ 15,6
Rumänien	21.974	22.650	21.692	- 3,0
Slowakei	866	870	830	- 0,5
Slowenien	595	675	510	- 11,9
Tschechien	7.723	5.880	5.559	+ 31,3
Ungarn *)	36.274	30.757	17.487	+ 17,9
Gesamt	79.407	69.895	53.351	+ 13,6

*) Konkurse sowie sonstige Liquidationen

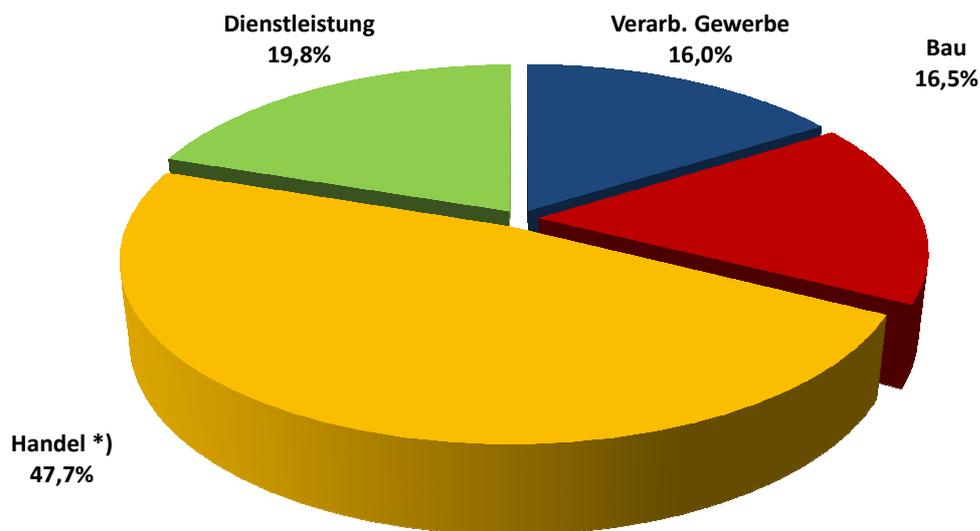
Auffällig ist die hohe Zahl von über 36.000 Insolvenzen in Ungarn. Dabei liegen die klassischen Konkursverfahren nur bei gut 100 Fällen. Eine 40-prozentige Steigerung wurde allein durch die Zwangsliquidationen im Zuge der Zahlungsunfähigkeit erreicht. Ein ähnlich hohes Insolvenzaufkommen – verglichen mit der Größe der Volkswirtschaft – zeigt Rumänien mit knapp 22.000 insolventen Unternehmen. Auch das neue EU-Beitrittsland Kroatien wartet mit 7.000 Unternehmensinsolvenzen in 2012 mit einer Vervielfachung gegenüber 2010 (1.501 Fälle) auf.

In Mittel- und Osteuropa sind es vor allem der Handel und das Gastgewerbe, die fast 50 Prozent aller Insolvenzfälle auf sich vereinen (47,7 Prozent). Dagegen liegt der Dienstleistungssektor, der nur jede fünfte Insolvenz in Osteuropa stellt (19,8 Prozent), gegenüber dem „Standard“ West-

Insolvenz gleich Liquidation

europas deutlich zurück. Bau und Verarbeitendes Gewerbe teilen sich das restliche Drittel des gesamten Insolvenzaufkommens in den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Abb. 5: Anteil der Hauptwirtschaftsbereiche am Insolvenzgeschehen in Mittel- und Osteuropa 2012



*) inklusive Horeca

■ 4 Insolvenzen in den USA

Während der Osten Europas eine deutliche Steigerung bei den Unternehmensinsolvenzen von 13,6 Prozent verzeichnet, hat sich die Situation in den USA markant verbessert. Im Zuge der Finanzkrise war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2007 von 28.300 auf 43.500 im Jahr 2008 sprunghaft angestiegen. Auch 2009 kam es noch einmal zu einer weiteren Zunahme der „Business Filings“ auf 60.800 Fälle. Dann bewegten sich die Zahlen von Jahr zu Jahr nach unten: Schließlich sind 2012 noch gut 40.000 Unternehmensinsolvenzen in den Vereinigten Staaten zu registrieren.

Amerika, du hast es besser

Dem deutschen Verbraucherinsolvenzverfahren stand das amerikanische Recht vielfach Pate. Der Gedanke der Entschuldung von Privatpersonen in einem geordneten Verfahren entstammt dem

anglo-amerikanischen Rechtsraum. Rund 95 Prozent der amerikanischen Insolvenzfälle sind Verbraucherkonkurse. Parallel zu den Unternehmen hatte sich die Zahl von 2007, als die Immobilienkrise für private Hausbesitzer begann, mit gut 800.000 Fällen bis 2010 auf rund 1,5 Millionen fast verdoppelt. 2012 zeichneten die amerikanischen Gerichte noch 1,18 Millionen Verbraucherpleiten. Die Belastung der privaten Haushalte durch Konsumentenkredite, aber auch durch Hypotheken, hat deutlich abgenommen. Diese Erholung ist auch den wieder steigenden Hauspreisen zu verdanken, liegen diese doch jetzt im Schnitt wieder über den belastenden Hypotheken (vorher waren die Preise zwischen 2006 und 2012 um rund ein Drittel gefallen). Die Schuldendienste der amerikanischen Haushalte, die vor der Krise 14 Prozent des verfügbaren Einkommens betrugten, sind auf 10 Prozent gesunken. Allerdings bleibt anzumerken, dass die jüngsten Aussichten auf Zinssteigerungen in den USA diese Erholung wieder zunichtemachen könnten.

Tab. 6: Insolvenzen in den USA

■	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Gesamt	1.221.091	1.410.653	1.593.081	1.473.675	1.117.771	850.912
Unternehmen	40.075	47.806	56.282	60.837	43.546	28.322
Privatpersonen	1.181.016	1.362.847	1.536.799	1.412.838	1.074.225	822.590

■ 5 Zusammenfassung

Die Unternehmensinsolvenzen sind in Westeuropa im Jahr 2012 gegenüber 2011 um 2,6 Prozent gestiegen. Waren es 2011 rund 173.000 Insolvenzanträge, die von den örtlichen Gerichten in den Ländern angenommen worden waren, sind 2012 rund 178.000 Insolvenzen zu zählen. In diese Rechnung wurden auch die Nicht-Mitgliedsländer Norwegen und die Schweiz aufgenommen. Sie deckt somit den gesamten geografischen Raum Westeuropas ab.

Die massivsten Zugänge bei der Zahl der Insolvenzen binnen Jahresfrist zeigen die Krisenstaaten mit 13,5 Prozent in Italien über 32,0 Prozent in Spanien bis zu 41,6 Prozent in Portugal. Auf der anderen Seite steht Irland mit einem nur moderaten Zuwachs von 2,8 Prozent bei den Insolvenzzahlen 2012 gegenüber 2011. Eine Überraschung im Hinblick auf das Unternehmensinsolvenzgeschehen meldet Griechenland: Hier ist die Zahl der insolventen Betriebe von 445 (2011) auf 415 (2012) sogar um 6,7 Prozent rückläufig. Hier gilt allerdings – wie für Spanien –, dass das Insolvenzgeschehen nur einen Bruchteil der Liquidationen wiedergibt.

Auffällig unter den Ländern, die binnen Jahresfrist einen zweistelligen Zuwachs der Unternehmensinsolvenzen zu registrieren hatten, ist die Entwicklung in den Niederlanden. Um 19,4 Prozent haben die Insolvenzen von 6.176 in 2011 auf 7.373 in 2012 zugelegt.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen: Nicht nur Deutschland mit rund fünf Prozent weniger Insolvenzen 2012 (2012: 28.720; 2011: 30.120), auch Frankreich (minus 2,4 Prozent) und Großbritannien (minus 3,9 Prozent) zeigen eine stärkere Stabilität der Unternehmen. Als Primus erweist sich das Nicht-EU-Land Norwegen mit minus 12,4 Prozent bei 3.814 Unternehmenszusammenbrüchen. Die Unternehmensinsolvenzen in Europa werden dominiert von den Zahlen aus Frankreich (mehr als 48.000 Insolvenzen), Deutschland (rund 29.000), Großbritannien (17.750) und Italien (12.300).

Mehr als zwei Drittel der westeuropäischen Unternehmensinsolvenzen gehören zum Handel und zum Dienstleistungsbereich. Während der Handel (inkl. Hotel- und Gaststättensektor) einen Anteil von 30,4 Prozent hält, sind es im Dienstleistungsbereich sogar 38,2 Prozent. Ein weiteres Fünftel des Insolvenzgeschehens wird vom Bau (20,8 Prozent), ein Zehntel (10,5 Prozent) vom Verar-

beitenden Gewerbe getragen. Während der Anteil des Baugewerbes von 21,4 auf 20,8 Prozent binnen Jahresfrist leicht abnahm und sich auch der Handel von 31,2 auf 30,4 Prozent ein wenig stabilisierte, zeigt der Dienstleistungssektor einen Zugang gegenüber dem Vorjahr von 36,9 auf 38,2 Prozent.

Um 0,6 Prozentpunkte, von 27,4 auf 28,0 Prozent, hat die Zahl der Unternehmen insgesamt leicht zugenommen, die ein negatives EBIT, also keinerlei Erträge bezogen auf den Umsatz, erreichen. Dürftige Ertragslagen registrieren auch die Klassen bis fünf Prozent (2011: 24,3 Prozent; 2010: 24,7 Prozent) und bis zehn Prozent (2011: 15,9 Prozent; 2010: 16,2 Prozent) auf. Einen geringfügigen Zuwachs gibt es auch bei der EBIT-Marge von mehr als 25 Prozent. 15,0 Prozent der europäischen Unternehmen erfreuen sich einer so kraftvollen Ertragssituation – im Vorjahr waren es 14,8 Prozent. Insgesamt zeigen die Zahlen zur EBIT-Marge nur eine geringe Veränderung.

Im Durchschnitt aller ausgewerteten westeuropäischen Länder beträgt der Anteil unterkapitalisierter Unternehmen mit einer EK-Quote von unter zehn Prozent 24,7 Prozent. Dieser Anteil ist gegenüber 2010 gesunken; damals betrug er noch 25,9 Prozent. Staaten, die einen unterdurchschnittlichen Anteil an Unternehmen mit dürftiger Eigenkapitalversorgung verzeichnen, sind auch diejenigen, die eine positive Insolvenzentwicklung zeigen. Nur Finnland (20,1 Prozent mit einer EK-Quote von unter zehn Prozent), Belgien (22,5 Prozent) und die Niederlande (24,2 Prozent) weisen eine – allerdings nur geringe – Steigerung bei den Insolvenzzahlen auf (Ausnahme ist die Niederlande mit einer Steigerung von 19,4 Prozent bei den Unternehmensinsolvenzen).

Dagegen sind die sieben westeuropäischen Länder, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Betrieben mit dürftigem Eigenkapital haben, bis auf eine Ausnahme unter den Ländern mit

zum Teil massiven Insolvenzsteigerungen zu finden. Nur Großbritannien (27,9 Prozent mit einer EK-Quote von unter zehn Prozent) hat einen leichten Rückgang der Insolvenzen von minus 3,9 Prozent. Die gefährdeten Peripherie-Länder von Portugal über Spanien, bis zu Irland und Italien bilanzieren auch eine entsprechend schwache Eigenkapitalversorgung.

Eine wichtige Rolle für die Liquidität der Unternehmen spielt das Zahlungsverhalten der Kunden und Abnehmer. Deutschland schneidet mit einem mittleren Wert von 26 Tagen am besten ab. Auf den nächsten sieben Plätzen mit Laufzeiten von bis zu 38 Tagen folgen nordeuropäische Länder, die mit Ausnahme von Finnland und Österreich nicht zur Euro-Währungsunion gehören. Während Irland mit 49 Tagen immer noch besser liegt als der mittlere Wert für Europa (54 Tage), finden sich niederländische Unternehmen mit 72 Tagen eingereiht unter die Krisenländer. Mit fast fünf Monaten Zahlungsdauer (142 Tage) brauchen griechische Unternehmen am längsten zur Begleichung ihrer Rechnungen.

Der Osten Europas verzeichnet eine deutliche Steigerung bei den Unternehmensinsolvenzen von 13,6 Prozent. Die höchste Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen in Osteuropa nennt Ungarn mit 36.274 Fällen (plus 17,9 Prozent). An zweiter Stelle folgt mit einer Abnahme von drei Prozent gegenüber dem Vorjahr Rumänien mit 21.974 insolventen Unternehmen. Tschechien registriert 7.723 Insolvenzen (plus 31,3 Prozent) und das neue EU-Beitrittsland Kroatien wartet mit 7.000 Unternehmensinsolvenzen in 2012 auf (plus 43,5 Prozent). Geringe Insolvenzzahlen bei hohem wirtschaftlichem Gewicht kommen aus Polen (881 Unternehmensinsolvenzen; plus 15,6 Prozent).

Auch in Mittel- und Osteuropa sind es vor allem der Handel und das Gastgewerbe, die fast 50 Prozent aller Insolvenzfälle auf sich vereinen (47,7

Prozent). Dagegen liegt der Dienstleistungssektor, der nur jede fünfte Insolvenz in Osteuropa stellt (19,8 Prozent), gegenüber dem „Standard“ Westeuropas deutlich zurück. Bau und Verarbeitendes Gewerbe teilen sich das restliche Drittel des gesamten Insolvenzaufkommens in den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Dagegen hat sich die Situation in den USA markant verbessert. Im Zuge der Finanzkrise war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2007 von 28.300 auf 43.500 im Jahr 2008 sprunghaft angestiegen. Auch 2009 kam es noch einmal zu einer weiteren Zunahme der „Business Filings“ auf 60.800 Fälle. Dann bewegten sich die Zahlen von Jahr zu Jahr nach unten: Schließlich sind 2012 nur noch gut 40.000 Unternehmensinsolvenzen in den Vereinigten Staaten zu registrieren.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Tel.: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2013, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten.

Lizenz Ausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 15. Juli 2013

Verzeichnis der Informationsquellen

Belgien:	StatBel Institut National des Statistique, Brüssel Graydon Belgium NV SPF Economie, P.M.E.
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Verband der Vereine Creditreform e.V. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistikcentralen Finland, Helsinki
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques Banque de France
Griechenland	ICAP Group S.A., Athen Bank of Greece National Statistical Service of Greece Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen
Großbritanni- en:	Office for National Statistics, London The Insolvency Service
Irland:	Central Statistical Office Insolvency Journal
Italien:	Creditreform Italia Modena ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	Creditreform Luxembourg SA STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Econo- miques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Creditreform Austria, Wien Österreichisches Statistisches Zentralamt

Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer, Lissabon Coface Portugal
Schweden:	Statistics Sweden Kronofogden, Amt für Beitreibung und Vollstreckung
Schweiz:	Schweiz. Verband Creditreform, St. Gallen Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica
USA	US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C. American Bankruptcy Institute

Weitere Quellen:

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Quartalsberichte
Bureau van Dijk
BMW (Bundeswirtschaftsministerium); Jahresbericht
Europäische Zentralbank (EZB) Monatsberichte
European Bank for Reconstruction and Development, Regional Economic Prospects
Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook

Creditreform Gesellschaften in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland
Creditreform Latvija SIA, Lettland
Creditreform Lietuva UAB, Litauen
Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen
Creditreform k.s., Slowakei
Creditreform d.o.o., Slowenien
Creditreform s.r.o., Tschechien
Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn
Creditreform d.o.o. Kroatien
Creditreform Romania
Creditreform Bulgaria EOOD
Creditreform RUS

